Frage des Monats

Was verdienen unsere Politiker wirklich?

Zuletzt musste sich SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück für seine Nebenverdienste rechtfertigen: Sollten Abgeordnete am besten gleich alle ihre Einkünfte offenlegen? Doch zunächst schauen wir zurück auf die Frage des vergangenen Monats. Dabei ging es um die Einführung einer Vermögenssteuer.

Fotos (2): apops/fotolia

Die Höhe der Nebeneinkünfte von Politikern wollen Sie wissen? Na, wollen wir mal sehen: „Abrakadabra…“

Wenn das Ergebnis unserer zurückliegenden Frage des Monats auch nicht repräsentativ ist, so fällt es zumindest doch relativ eindeutig aus: Während nur 17 Prozent mit „Nein“ gestimmt haben, fordern beachtliche 83 Prozent der Teilnehmer die Einführung einer Vermögenssteuer in Deutschland.

Zu den Unterstützern einer solchen Maßnahme gehören auch Eckhard und Ursula Peter aus Himmelpforten. Sie sprechen sich neben einer Besteuerung großer Vermögen auch zusätzlich für eine höhere Erbschaftssteuer aus: „Damit werden die Einnahmen des Bundes, der Länder und der Kommunen deutlich erhöht. Darunter wird keine wirtschaftliche Entwicklung leiden, jedoch ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit möglich.“ In ihrem Brief an die SoVD-Zeitung verweist das Ehepaar auf das geflügelte Wort, wonach derjenige mit den breiteren Schultern auch eine größere Last tragen sollte.

Von einer anderen Seite nähert sich Rolf-Michael Holz aus Bleckede dem Thema Vermögenssteuer. Er sieht die Gefahr einer Kapitalflucht und regt folgende Herangehensweise an: „Interessanter wäre die Frage, wie das vorhandene Vermögen innerhalb Deutschlands investiert werden kann, damit viele davon einen Vorteil haben und nicht nur die, die sich das Geld erarbeitet haben. Gefragt sind hier einerseits der, der das Geld hat, andererseits Firmen, Personen, Institutionen, aber auch der Staat, das vorhandene Kapital so anzulegen, dass es für viele einen Ertrag bringt.“

Um die Verteilung von Geld im weitesten Sinne dreht es sich auch in unserer Frage des Monats November. Wir wollen von Ihnen wissen:

… „drei mal schwarzer Kater!“ Politiker tun sich bei der Veröffentlichung der Höhe ihrer Nebeneinkünfte bisher leider schwer damit, eine Lösung aus dem Hut zu zaubern.

Wer als Abgeordneter des Deutschen Bundestages tätig ist, erhält hierfür monatlich eine Entschädigung („Diät“). Hinzu kommen vielfach lukrative Nebentätigkeiten. Sollen Politiker sämtliche Einkünfte uneingeschränkt offenlegen?

Unter www.sovd.de können Sie sich beteiligen und den aktuellen Stand der Abstimmung einsehen. Dort können Sie auch eine eigene Antwort formulieren, die wir nach Möglichkeit in unsere Berichte einfließen lassen. Unsere Anschrift für den Postweg finden Sie unter „Briefe an die Redaktion“ auf dieser Seite.

Briefe an die Redaktion

„Viele trauen sich nicht aufs Amt“

In der Rubrik „Briefe an die Redaktion“ veröffentlicht die Redaktion gerne Lob und Kritik der Leser von „Soziales im Blick“. Auf einen Artikel bezogene Zuschriften können dabei auszugsweise sowie unter Angabe von Namen und Wohnort abgedruckt werden. Ein Anrecht auf Abdruck oder Veröffentlichung im Internet besteht nicht. Die Leserbriefe geben zudem nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder. Bitte richten Sie Ihre Zuschriften an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin.

Nach der Lektüre des Titelthemas „Verdeckte Armut unter Älteren“ (Soziales im Blick 10/2012, Seite 1–2) schildert Gerhard Gaugusch (Königsbrunn) seine Erfahrungen:

Obiger Artikel triff voll und ganz zu. Möchte aber noch hinzufügen, dass viele Antragsteller von den Sachbearbeitern der Ämter sehr oft als Menschen 5. Klasse behandelt und sogar als Lügner bezeichnet werden. (…) Man wird dort oft wie der letzte Dreck behandelt und deswegen trauen sich viele Leute erst gar nicht aufs Amt. Gott sei Dank sind nicht alle Sachbearbeiter so, es gibt schon nette Ansprechpartner auch, man kann sich diese Leute leider nicht selbst heraussuchen. Meine Frau und ich hatten sehr oft den Eindruck, als müsste der Sachbearbeiter unsere Grundsicherung aus eigener Tasche bezahlen.

Foto: dron/fotolia

In der letzten Ausgabe hatten wir darüber berichtet, dass viele Menschen aus Scham den Gang etwa zum Sozialamt scheuen.

Zu dem gleichen Thema schreibt auch Herbert Bicknese (Minden). Er kritisiert eine Ungleichbehandlung beim Thema Altersarmut:

Im Grundgesetz steht geschrieben, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind. Leider muss ich feststellen, dass es bei uns in Deutschland Personen gibt, die eben nicht gleich behandelt werden. Bei Arbeitnehmern wurde das Rentenniveau auf 51 Prozent gesenkt. Bei den Beamten ist das Pensionsniveau auf 71,75 Prozent plus einem Weihnachtsgeld. Ist diese Ungleichbehandlung noch gerecht?

Mit dem Artikel „Begleitung auch auf dem letzten Weg“ (Soziales im Blick 9/2012, Seite 3) setzt sich SoVD-Mitglied Friedrich Widmann (Berlin) näher auseinander:

Was überwiegt beim Lesen? Trauer, Empörung, Zorn? Da wird gefordert, jeder Mensch müsse das Recht auf ein Sterben unter würdigen Bedingungen haben. Wenn er denn erst mal auf ein würdiges Leben ein Recht hätte. Dass es ihm dann gewährt würde, dieses Recht, ist eine weitere Sache.

Wie weit diese Gesellschaft dabei fortgeschritten ist, die Menschen als Kostenfaktor, als Element einer Kostenrechnung zu sehen, wird tagtäglich an Millionen Menschen gezeigt. Hier in diesem Land, hier auf dieser Welt. Zu lesen ist es in jeder Ausgabe dieser Zeitung neu, und nicht nur hier. Seien diese Menschen nun Asylbewerber – auch wenn es sich um Menschen handeln würde, die „nur“ besser leben wollten – , seien es die Erwerbsunfähigen oder -geminderten, die Langzeitarbeitslosen.

Die Meldung „Asylbewerber erhalten mehr Geld“ (Soziales im Blick 9/2012, Seite 6) kommentiert Manfred Kristen (Duderstadt):

Wenn der SoVD das Urteil des Bundesgerichtshofs begrüßt, so bin ich als Mitglied (und ich bin gewiss nicht der einzige) keinesfalls der Meinung, dass auf Kosten des Steuerzahlers wahnwitzige Gelderhöhungen in eigentlich überdimensionalen Höhen für Asylbewerber vorgenommen werden müssen, obwohl diese im Gegensatz zu Kleinrentnern ohnehin jegliche Leistungen bezahlt bekommen. (…) Eine solche Politik und einen solchen Gerichtshof wird der normal denkende Bürger kaum verstehen – besonders, da Deutschland/Europa selbst mit ihrem Krisenmanagement am Rande des Abgrunds stehen.

(Anmerkung der Redaktion: Die Leistungen für Asylbewerber lagen seit 1993 unverändert bei 224 Euro monatlich für einen Erwachsenen. Seit August erhält ein alleinstehender Asylbewerber 346 Euro monatlich. In vielen Bundesländern werden Sachleistungen gewährt; in bar gezahlt werden muss lediglich ein Taschengeld. Dieses stieg von 40 auf 130 Euro.

Sauerland

HOTEL ZUR IGELSTADT Top Hotel Sauerland-Edersee-Top Gruppenpreis HP ab 29,--!!!
30 DZ u. 20 EZ, Lift, alles NEU
Igelstadt Hotels · 35104 Lichtenfels-Fürstenberg
☎ 05635-16 89 · Fax 05635-1401 · www.igelstadt.de

Schwarzwald

Heilkl. Kurort Höchenschwand Hochschwarzwald. Ferien im „Dorf am Himmel“ auf der Sonnenterrasse des Schwarzwaldes, herrliches Wandergebiet, Ausflüge Schweiz + Frankreich. Gemütl. FeWo´s für 2-5 Personen ab 23 €; **I. Brehmer · Alemannenstr. 9 79761 Waldshut-Tiengen · ☎ 07741/3236 · www.ferienhaus-brehmer.de**

Ihr neuer Anzeigenvermarkter der SoVD Zeitung!
DIALOGWELT
· Kooperationsmarketing · Mediaplanung · Listbroking
Ansprechpartner:
Dialog Welt GmbH | Aniko Brand
Lugwaldstraße 10 | 75417 Mühlacker
Telefon: 07041 / 9507-288
Telefax: 07041 / 9507-289
E-Mail: aniko.brand@dialogwelt.com
Wir freuen uns auf Ihre Buchungen!